BÜNDNIS ÖKONOMISCHE BILDUNG DEUTSCHLAND

STELLUNGNAHME ZUM REFERENTENENTWURF FÜR EINE FINANZBILDUNGSSTRATEGIE DES BUNDES

Das gemeinnützige Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e. V. (BÖB) vertritt über 100 mehrheitlich institutionelle Mitglieder, darunter Lehrkräfteverbände, Stiftungen, wissenschaftliche Einrichtungen, Bildungsinitiativen und die Wirtschaft. Wir setzen uns für Wirtschafts- und Finanzbildung in Schule und im außerschulischen Bereich ein.

Den Referentenentwurf für eine Finanzbildungsstrategie des Bundes unterstützen wir ausdrücklich. Sie ist umfassend konzipiert und kommt zum richtigen Zeitpunkt. Vom Grunde her ist diese Finanzbildungsstrategie des Bundes anschlussfähig und kooperationsorientiert aufgebaut. Die ressortübergreifende Verankerung sichert Mehrperspektivität, Nachhaltigkeit und Zielgruppenorientierung. Bund und Länder haben die Chance, auf Augenhöhe ihre Engagements für Wirtschafts- und Finanzbildung zu verzahnen und Synergien zu nutzen. Zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure werden mit ihrer Expertise eingebunden. Kommunikation und Vernetzung steigern das Bewusstsein um die Bedeutung von Wirtschafts- und Finanzbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Finanzkompetenz ist eine grundlegende Voraussetzung, um den vielfältigen Anforderungen des Alltags souverän zu begegnen und Entwicklungen in Politik und Gesellschaft zu verstehen und daran teilzuhaben. Damit Wirtschafts- und Finanzbildung allen Menschen in Deutschland zugutekommt, sind zwei Wege sinnvoll:

- eine Top-Down-Strategie, die die Wirtschafts- und Finanzbildung strukturell in allen Lebensphasen der Bürgerinnen und Bürger verankert und
- eine Bottom-Up-Strategie, die bestehende Bildungsinitiativen zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Akteure bündelt und pragmatisch, niedrigschwellig und zeitnah wirken kann.

Die vorliegende Finanzbildungsstrategie des Bundes verbindet beide Ansätze, die wir in ihrer Kombination als durchaus wirksam erachten.

Folgende Aspekte bitten wir bei der Finalisierung des Entwurfs der Finanzbildungsstrategie des Bundes zu berücksichtigen:

Grundsätzlich möchten wir zur Gliederung anmerken, dass es aus unserer Sicht sinnvoll wäre, das Handlungsfeld 1 hinter dem zweiten und dritten Handlungsfeld einzuordnen, da die Themen Finanzbildung, Finanzkompetenz, Vernetzung und Evidenz einen übergeordneten und allgemeineren Charakter haben.

Handlungsfeld 1: Altersvorsorge und Kapitalmarktbeteiligung

Der Ansatz ist gut, die drei Säulen der Altersvorsorge zu stärken und Menschen zu befähigen, den eigenen Finanzbedarf abzuschätzen und Entscheidungen für Vorsorge zu treffen. Dies mit Chancen und Risiken des Kapitalmarkts zu kombinieren ist ein tragender Ansatz.

➔Die Bundesregierung stellt mit der Frühstartrente und dem Altersvorsorgedepot die richtigen Weichen. Produkte machen jedoch noch keine neutrale Information oder Bildung. Sollen Gesetzesvorhaben wie das Altersvorsorge-Reformgesetz zur steuerlichen und strukturellen Erneuerung der privaten Altersvorsorge in Ergänzung zu der gesetzlichen und betrieblichen Vorsorge volle Wirkung entfalten, ist Wirtschafts- und Finanzbildung ein zentrales Erfolgskriterium. Wichtig ist, alle Bürgerinnen und Bürgern über neue Produkte breit zu informieren. Insbesondere gilt es die Zielgruppen zu erreichen, die bis dato keine Erfahrung mit ähnlichen Produkten und/oder mit dem Kapitalmarkt haben. Grundsätzlich sollte eine Differenzierung zwischen Bildung, Information, Beratung und Vertrieb erkennbar sein.

➔Die kulturelle Prägung in Deutschland ist kapitalmarktfern. Das kollektive Gedächtnis der Deutschen ist negativ geprägt im Hinblick auf die Kapitalmärkte. Im Umgang mit Geld und Geldanlage ist es wichtig zu verstehen, dass Schwankungen an der Börse und im Depot auszuhalten sind. Entsprechend ist eine kulturelle und mentale Vorbereitung Voraussetzung für Langfristigkeit, Nachhaltigkeit und Wohlbefinden bei der Geldanlage.

➔Arbeitgeber an dieser Stelle einzubeziehen (Nr. 7), halten wir für sinnvoll, da sie besondere Lebensphasen ihrer Mitarbeitenden, wie den Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben, die Elternzeit oder den bevorstehenden Renteneintritt, begleiten. Entscheidend jedoch ist eine zielgruppenspezifische Ansprache, die sich an geeigneten Kommunikationskanälen und bedarfsgerechten Formaten orientiert. Niedrigschwellige Bildungs- und Beratungsangebote könnten mit unabhängigen Beratungsangeboten vor Ort zum Beispiel zum Thema Überschuldung verzahnt werden.

Handlungsfeld 2: Finanzbildung stärken und Finanzkompetenz schaffen

Ziel der Strategie ist es, finanzielle Bildung sichtbarer, alltagsnaher und für alle Bevölkerungsgruppen zugänglicher zu machen. In der schulischen Bildung sollen Bundesangebote die Arbeit der Länder ergänzen und unterstützen, ohne in deren verfassungsrechtliche Bildungszuständigkeit einzugreifen. Außerschulische Angebote sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene über vielfältige Kanäle erreichen.

➔Die Strategie sieht eine Bündelung der bestehenden Angebote vor. Sie beantwortet jedoch nicht überzeugend, wie Finanzbildung unabhängig von Herkunft und Elternhaus systematisch bei allen Menschen ankommt. Insbesondere skizziert sie wenig konkret, wie Finanzbildungsangebote ältere Menschen, Geringverdienende und Erwerbslose, ver- und überschuldete Personen sowie Selbstständige und Eigentümerinnen und Eigentümer von Kleinst- bzw. Kleinunternehmen erreichen, an die sich laut OECD-Bestandsaufnahme von 2024[1] bislang noch zu wenige Initiativen richten.

➔Die Strategie sollte Schule zum zentralen Hebel für Chancengerechtigkeit erklären: Verbindliche Finanzkompetenzen, qualifizierte Lehrkräfte und unabhängige Angebote sind die Kernforderungen. Die Strategie berücksichtigt an dieser Stelle die Bildungshoheit der Länder. Damit die Strategie jedoch ein Erfolg wird, könnte formuliert werden, dass die Länder motiviert werden, die Strategie aufzugreifen und Finanz- und Wirtschaftsbildung an den Schulen aller Schulformen differenziert und bereits ab der ersten Stufe anzubieten. Ein eigenständiges Pflichtfach Wirtschaft oder Doppelfächer wie beispielsweise Wirtschaft-Politik könnten an weiterführenden Schulen sicherstellen, dass Wirtschafts- und Finanzthemen auf einer soliden Grundlage vermittelt werden.

➔Eine nachhaltige Stärkung der Finanzkompetenz setzt voraus, dass Finanzbildung verbindlich in der Lehrkräfteausbildung und in der Fort- und Weiterbildung verankert wird. Die OeBiX-Studien[2] liefern Hinweise für den Handlungsbedarf in den Bundesländern. Dies bedarf personeller sowie finanzieller Ressourcen.

➔Wir empfehlen ein ganzheitliches Verständnis von Wirtschafts- und Finanzbildung und Grundlagenwissen, über das perspektivisch alle Menschen verfügen sollten. Neben dem auf „personal finance" fokussierten instrumentellen Wissen umfasst Wirtschafts- und Finanzbildung auch Entrepreneurship Education, Berufsorientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie wirtschaftspolitische Bildung. Diese Bereiche sind für den Erwerb von Struktur-, Funktionen- und Wertewissen relevant, um Wirtschaftssystem, Gesellschaft und Demokratie zu verstehen und normative Implikationen abzuleiten. Erst dadurch gelingt eine Einordnung in übergeordnete Sach- und Sinnzusammenhänge und auch eine kritische Reflexion im Sinne guter Allgemeinbildung.

➔Die Finanzbildungsbotschafter*innen sollten die Vielfalt der Zielgruppen widerspiegeln und abdecken sowie die Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenswelten erreichen (Nr. 9). Eine sorgfältige, kriteriengeleitete Auswahl der Personen ist daher nötig, um vertrauenswürdige und authentische Finanzbildungsboschafter*innen für die Vermittlung des Themas zu gewinnen.

➔Außerschulische Initiativen können Schulbesuche der Deutschen Bundesbank sinnvoll ergänzen und bestehende Lücken schließen (Nr. 10). Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern sollten ermöglicht werden, sofern Neutralität, Werbefreiheit und eine ausgewogene Mehrperspektivität der Anbieter gewährleistet sind.

➔Die Finanzbildungsplattform „Mit Geld und Verstand" schafft Transparenz über die bestehenden Angebote, macht Lücken sichtbar und hilft, Doppelentwicklungen zu vermieden. Sie sollte aber erkennbar um Angebote zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Akteure ergänzt werden (Nr. 11). Damit werden bestehende Angebote für Interessierte sichtbar und zugänglich. Dies erfordert eine zügige Lösung für eine transparente und kriteriengeleitete Qualitätsprüfung. Diese könnte durch eine externe, neutrale Agentur mit Hilfe eines jährlichen Prüfverfahrens aktualisiert werden. Denkbar ist auch, einen Self-Check verbunden mit einer Selbstverpflichtungserklärung einzubinden. Eine Verlinkung zu Angeboten der Bundesländer fördert ebenfalls die Transparenz und den Informationsgehalt der Plattform. Die Auffindung von Angeboten könnte durch eine Suchfunktion auf der Plattform unterstützt werden.

➔Neben FiscalFuture können auch weitere Stakeholder und BÖB-Mitglieder die finanzpolitische Jugendbildung stärken (Nr. 18).

Handlungsfeld 3: Vernetzung und Evidenz in der Finanzbildung

Die relevanten Akteure sollen zusammenarbeiten, um Angebote besser abzustimmen, Doppelstrukturen zu vermeiden und Qualität, Unabhängigkeit und Werbefreiheit zu sichern. Die Wahrung der Zuständigkeiten und der Bildungshoheit der Länder wird ausdrücklich angeführt. Zugleich sollen Forschung und Datengrundlage gestärkt werden, um die Wirksamkeit von Maßnahmen evidenzbasiert zu bewerten und Erkenntnisse für Praxis und Steuerung nutzbar zu machen.

➔Wir loben den regelmäßigen Austausch zwischen Bund, Ländern sowie zivilgesellschaftlichen und privaten Stakeholdern (Nr. 24). Sinnvoll ist eine dauerhafte institutionelle Verankerung der sogenannten Task Force Finanzbildung. Um die Perspektive unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteure einzubringen, fordern wir für das BÖB einen ständigen Sitz in diesem Gremium. Mit seinen über 100 mehrheitlich institutionellen Mitgliedern ist das BÖB einer der bundesweit organisierten, überwiegend gemeinnützigen Stakeholder.

➔Die Förderung der Finanzbildung ist in der Strategie verankert, die verlässliche Messung der Finanzkompetenz und Entwicklung evidenzbasierter anwendungsorientierter Maßnahmen zur Förderung der finanziellen und ökonomischen Bildung in allen Bildungsetappen werden benannt (Nr. 25). Eine Empfehlung zur Teilnahme am Finanzmodul der PISA-Studie fehlt jedoch. In Deutschland findet bisher keine Messung der Finanzbildungskompetenz in der Schule statt. Die Wissensstände der Schülerinnen und Schüler werden bisher nicht ermittelt. Um eine belastbare Grundlage für künftige Wirkungsanalysen zu schaffen, fordern wir daher eine Empfehlung an die Bundesländer, am PISA-Finanzmodul teilzunehmen.

➔Ein Code of Conduct ist zentral für alle Angebote. Er sollte insbesondere Neutralität, Werbefreiheit und Transparenz sicherstellen. Einheitliche Qualitäts- und Transparenzstandards schaffen einen verlässlichen Rahmen, in dem die Stakeholder ihre Finanzbildungsangebote einbringen können.

➔Kooperationspartner, Projekte, Botschafter, Influencer, Inhalte etc. können das Label „Mit Geld und Verstand – für die finanzielle Bildung in Deutschland“ erhalten (Nr. 27). Dies erfordert eine transparente und kriteriengeleitete Qualitätsprüfung wie bereits zu 11. beschrieben. Diese könnte durch eine externe, neutrale Agentur mit Hilfe eines jährlichen Prüfverfahrens aktualisiert werden. Ein transparentes Verfahren ist besonders wichtig, um rechtliche Schritte gegen den Verfasser zu vermeiden, falls Stakeholder trotz Antragstellung das sogenannte Gütesiegel nicht verwenden dürfen.

Handlungsfeld 4: Private Haushaltsplanung, Vermeidung von Überschuldung und verantwortungsvolle Kreditnutzung

Ziel der Strategie ist es, Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, bewusste Konsumentscheidungen zu treffen, den Umgang mit dem eigenen Geld zu planen, Risiken abzusichern und Rücklagen zu bilden. Zudem soll das Verständnis für Chancen und Risiken von Krediten gestärkt werden.

➔Volkshochschulen, Verbraucherzentralen, Schuldnerberatungen, Stiftungen, Sozialverbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen über Expertise zu wirtschaftlichen Fragestellungen des Alltags und erreichen Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen. Sie können Wirtschafts- und Finanzbildung auch als Querschnittsthema aufgreifen und anlassbezogen vermitteln. Auf die Vielfalt dieser Angebote sollte insbesondere beim Ziel der Schuldenprävention ergänzend zu Nr. 31 und 32 hingewiesen werden.

➔ Der Entwurf benennt, dass häufig eine Kluft zwischen Wissen und Handlungskompetenz besteht (S. 4) und nennt Einstellungen sowie Werthaltungen als Teil der Finanzbildung. Um Wissen und Motivation in verantwortungsvolles Handeln zu übersetzen, sollten die Bereiche der Finanzsoziologie, Finanzpsychologie und Verhaltensökonomie stärker mit in den Blick genommen werden (in Ergänzung zu Nr. 31 und 32):

die eigene Geldbiografie, Emotionen, kognitive Verzerrungen sowie individuelle Einstellungen und Wertvorstellungen sind zentrale Themen. Dies betrifft die Haushaltsführung, Konsumentscheidungen ebenso wie Anlageentscheidungen (HF 1).

Handlungsfeld 5: Sicherer Umgang mit digitalen Finanzdienstleistungen

Ziel der Strategie ist es, das Bewusstsein für digitale Finanzthemen in der Bevölkerung zu schärfen und die Bevölkerung zu einem kompetenten und sicheren Umgang mit digitalen Finanzdienstleistungen zu befähigen.

➔In Ergänzung zu den Maßnahmen Nr. 33 und 34 sollten gezielt Formate für junge Menschen und vulnerable Zielgruppen entwickelt werden, die zielgruppenspezifisch und -gerecht den Umgang mit digitalen Finanzdienstleistungen aufgreifen und aufbereiten.

Handlungsfeld 6: Nachhaltige Finanzentscheidungen (Sustainable Finance)

Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, nachhaltige Finanzprodukte fundiert zu beurteilen und irreführende Praktiken wie Greenwashing zu erkennen.

➔ Die Maßnahmen sind noch offen. Wir regen an, Nachhaltigkeit im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung breiter zu fassen, und zwar über die ökologische, ökonomische und soziale Dimension hinaus auch die politische und kulturelle Dimension zu thematisieren. Bürgerinnen und Bürger sollten in der Lage sein, Interessen abzuwägen und sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Kulturelle Bildung fördert Perspektivwechsel, Dialogfähigkeit und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertvorstellungen. In der Summe fördert dies die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger, braucht aber auch eine hohe Fachlichkeit.

Handlungsfeld 7: Gründungskompetenz und Entrepreneurship-Bildung

Ziel ist es, die finanzielle und ökonomische Kompetenz junger Menschen im unternehmerischen Kontext zu stärken und ihnen durch praktische Formate wie Schülerfirmen frühzeitig Erfahrungen im Umgang mit Finanzen zu ermöglichen.

➔Wir schlagen vor, die Maßnahmen 35. und 37. um das Thema Intrapreneurship zu ergänzen, denn nicht alle (jungen) Menschen möchten gründen. Eine innovative, eigenverantwortliche und unternehmerische Haltung von Mitarbeitenden kommt aber ebenso Gesellschaft und Unternehmen zugute. Dies entspricht dem Verständnis von Entrepreneurship als Querschnittsdimension im europäischen Kompetenzrahmen, auf den der Entwurf verweist.

➔In dem Kontext sollte auch die finanzielle Selbstwirksamkeit gefördert werden. Junge Gründerinnen und Gründer wie auch Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger benötigen ein hohes Vertrauen in die eigene Fähigkeit, finanzielle Entscheidungen und Herausforderungen erfolgreich bewältigen zu können.

➔Damit die genannten Maßnahmen zur Förderung der Entrepreneurship Education an Schulen (Nr. 35 und Nr. 37) erfolgreich sind, sollte das Themenfeld innerhalb der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung eine Stärkung erfahren, die den Ländern empfohlen werden sollte.[3]

Zeitplan, Monitoring und Evaluierung der Strategie

Grundsätzlich empfehlen wir, nach der Verabschiedung der Finanzbildungsstrategie des Bundes einen Zeitplan aufzusetzen und Meilensteine festzulegen und zu kommunizieren. Dies schafft Orientierung und Verbindlichkeit, erleichtert die Steuerung und fördert Transparenz und Vertrauen.

Wir freuen uns, wenn Sie die oben genannten Hinweise bei der Finalisierung und Umsetzung der Finanzbildungsstrategie des Bundes berücksichtigen. Aus unserer Sicht sollten das Kabinett die Finanzbildungsstrategie verabschieden und die Gesetzgebung sowie Umsetzung zeitnah erfolgen, um mit einer soliden Wirtschafts- und Finanzbildung die Bürgerinnen und Bürger, die gesellschaftliche Mitte und ihren Wohlstand zu stärken.

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland bietet dafür seine Unterstützung an.

gez. Sebastian Richter	Verena von Hugo
Stellv. Vorsitzender	Mitglied des Vorstands

Quellen:

[1] OECD: Financial Literacy in Germany: Improving financial resilience and financial well-being, 2024)

[2] Die OeBiX-Studie: Aktualisierung und Vertiefung zum Stand der Ökonomischen Bildung, https://www.flossbachvonstorch-stiftung.de/projekte/oebix-studien/index

[3] Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): Das Unternehmerbild im Lehrerzimmer. Ein- und Vorstellungen von Lehrkräften zu Entrepreneurship und Familienunternehmen, erstellt vom Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg, München 2025